

NIEDERSCHRIFT
über die 3. Sitzung des Stadtrates vom 29.09.2009
- öffentlicher Teil -

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21.30 Uhr
Ort: Sitzungssaal

Anwesend waren:

Name	Funktion	Fraktion Bemerkung	SB	AW
Herr Bumann, Ralf	Stadtratsmitglied	SPD	J	A
Herr Czapla, Frank-Michael	Fraktionsvorsitzender	Freie Wähler	J	A
Frau Dr. Dr. Laube, Sabine	Stadtratsmitglied	Freie Wähler	J	A
Herr Gleichmann, Hans-Joachim	Stadtratsmitglied	Feuerwehr	J	A
Herr Gutberlet, Siegmund	Fraktionsvorsitzender	Hildburghäuser Bürgerunion	J	A
Herr Günther, Mathias	Fraktionsvorsitzender	Die Linke.	J	A
Herr Hartmann, Torsten	Stadtratsmitglied	Feuerwehr	J	A
Herr Harzer, Steffen	Bürgermeister	Büro Bürgermeister	J	A
Herr Knittel, Burkhard	Stadtratsmitglied	Feuerwehr	J	A
Herr Kummer, Tilo	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Frau Lange, Waltraud	Stadtratsmitglied	Freie Wähler	J	A
Frau Löffert, Sabine	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Meißner, Günther	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Dr. Nowak, Peter	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Obst, Holger	2. Beigeordneter	CDU	J	A
Herr Pfeifer, Fritz	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Frau Siegel, Hildegard	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Tief, Stefan	Stadtratsmitglied	Hildburghäuser Bürgerunion	J	A
Herr Vonderlind, Karl-Heinz	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Weichler, Norbert	Stadtratsmitglied	Freie Wähler	J	A

Herr Wiener, Eberhard	Fraktionsvorsitzender	Feuerwehr	J	A
Frau Wütscher, Brigitte	Fraktionsvorsitzender	CDU	J	A
Frau Zuber, Susann	Stadtratsmitglied	CD	J	A

Nichtstimmberechtigte Anwesende:

Herr Geißenhöner, Herbert	Ortsteilbürgermeister	im nö. Teil nicht mehr anwesend	N	A
Herr Koch, Bodo	Ortsteilbürgermeister	im nö. Teil nicht mehr anwesend	N	A
Herr Placht, Michael	Ortsteilbürgermeister	im nö. Teil nicht mehr anwesend	N	A
Herr Schilling, Fritz-Georg	Ortsteilbürgermeister	im nö. Teil nicht mehr anwesend	N	A

Von der Verwaltung anwesend:

Frau Carl-Schumann, Lissy	Amtsleiter	Amt für Finanzverwaltung und Forsten	V	
Frau Haschlar, Karin	Schriftführer	Büro Bürgermeister	V	A
Herr König, Dietmar	Amtsleiter	Ordnungsamt im nö. Teil nicht mehr anwesend	V	A
Frau König, Doris	Amtsleiter	Haupt- und Personalamt im nö. Teil nicht mehr anwesend	V	A
Herr Paul, Bernhard	Amtsleiter	Betriebsamt im nö. Teil nicht mehr anwesend	V	A
Herr Schulz, Olaf	Amtsleiter	Bauamt	V	A
Herr Schwarz, Wolfgang	Amtsleiter	Büro Bürgermeister	V	A

Entschuldigt abwesend waren:

Herr Hanf, Gernot	Stadtratsmitglied	SPD	J	
Herr Naujoks, Siegfried	1. Beigeordneter	SPD	J	E

Nicht anwesend waren:

Frau Nicolaus, Susanne	Amtsleiter	Büro Bürgermeister	V	N
Frau Stange, Margitta	Amtsleiter	Kultur- und Sozialamt	V	N

Presse: FW, Frau Nagel

TAGESORDNUNG

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt
4. Information durch den Bürgermeister
- Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters
5. Ausführungen von Herrn Michaelis, Geschäftsführer Hildburghäuser Bildungszentrum e.V., zur Entwicklung des Berufsinformationszentrums Hildburghausen sowie zum Ausbildungsstandort Metall Eisfeld
6. **Vorl.-Nr.: 167/2009**
Billigungs- und Auslegungsbeschluss zur 9. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes
7. **Vorl.-Nr.: 165/2009**
Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Vorhaben "Domäne Karolinenburg"
8. **Vorl.-Nr.: 170/2009**
Sanierung des städtischen Gebäudes Untere Allee 8
9. **Vorl.-Nr.: 172/2009**
Fortführung des Verfahrens zur Aufstellung eines B-Planes für die Waldstadt, 2. BA, Gemeinbedarfs- und Wohnbauflächen im Bereich der Kastanienallee
10. **Vorl.-Nr.: 176/2009**
Überführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das "Gewerbegebiet West - Solarpark Hildburghausen" in einen einfachen Bebauungsplan
11. **Vorl.-Nr.: 189/2009**
Abwägungsbeschluss zum einfachen Bebauungsplan für das "Gewerbegebiet West"
12. **Vorl.-Nr.: 190/2009**
2. Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum geänderten und ergänzten einfachen Bebauungsplan "Gewerbegebiet West"
13. **Vorl.-Nr. 152/2009**
Vorbereitung eines neuen Konzessionsvertrages für die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Stromversorgung im Stadtgebiet
14. **Vorl.-Nr.: 174/2009**
Berufung eines Ortssprechers für den Stadtteil Birkenfeld
(Amtsperiode 2009 - 2014)
15. **Vorl.-Nr.: 177/2009**
Berufung eines Ortssprechers für den Stadtteil Wallrabs
(Amtsperiode 2009 - 2014)

16. **Vorl.-Nr.: 179/2009**
Berufung eines Ortssprechers für den Stadtteil Häselrieth
(Amtsperiode 2009 - 2014)
17. **Vorl.-Nr.: 186/2009**
Mitgliedschaft der Stadt Hildburghausen im Zweckverband " Tierheim
Hildburghausen"
18. **Vorl.-Nr.: 187/2009**
Vereinbarung mit dem WAVH zur Dokumentation, Wartung und Instandhaltung von
Feuerlöschhydranten in der Stadt Hildburghausen und den zugehörigen Ortsteilen
19. **Vorl.-Nr.: 188/2009**
Vereinbarung mit dem WAVH zur Löschwasserversorgung in der Stadt
Hildburghausen und den zugehörigen Stadtteilen.
20. Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsbürgermeistern

Zu TOP. 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 3. Sitzung des Stadtrates und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt den rechtzeitigen Zugang der Einladung einschließlich Sitzungsunterlagen fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, es sind von 25 beschlussfähigen Mitgliedern des Stadtrates z. Zt. 21 anwesend.

Zu TOP. 2. Anträge zur Tagesordnung

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.
Die angekündigte Tischvorlage Nr. 205/2009 „Vergabe der Bauleistung 1. BA – Rohbauarbeiten Neubau von Sanitär- und Umkleideeinrichtungen am Freibad“ wurde heute den Stadträten vorgelegt.

Zu TOP. 3. Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt

Es gibt keine Anfragen von Bürgern der Stadt.

**Zu TOP. 4. Information durch den Bürgermeister
- Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters**

- Am 15.09.2009 ist von Frau Dr. Laube ein Schreiben mit Anfragen, auch in Bezug auf ihr Schreiben vom 1.08.2009, die durch den Bürgermeister in der StRS am 19.08.09 bereits umfangreich mündlich beantwortet hatte, eingegangen. Die Fragen wurden schriftlich beantwortet und liegt bei Frau Dr. Laube auf dem Tisch.

Die Fraktionsvorsitzenden haben eine Kopie erhalten, weitere Stadträte erhalten das Schreiben mit elektronischer Post.

- Im letzten HA gab es Anfragen bezüglich der Erhöhung des Eintrittspreises zum Theresienfest von 3,00 auf 4,00 €. Dies wird damit begründet, dass in diesem Jahr durch den Wegfall eines Tages (der Feiertag 3.10.09 liegt auf einem Samstag) ein Finanzierungsproblem für das Gesamtfest entsteht, da ein umsatzstarker Tag dadurch wegfällt. Die steigenden Kosten insgesamt (Heizöl, Energie) ist ein weiterer Grund.

Die Anfrage von StR Wütscher zur Streetworkerin wird im nichtöffentlichen Teil beantwortet.

- Seit der letzten Stadtratssitzung gab es die Abstimmung mit der Feuerwehr Hibu.

- Festveranstaltung 150 Jahre Metallindustrie im Stadttheater Hildburghausen

- Ausstellungseröffnung 150 Jahre Metallindustrie

- Neueröffnung der Fa. Elektro Stütz in der Schleusinger Str. 5

- Teilnahme am Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz mit Frau Halbig in Quedlinburg

- Termin mit dem Geschäftsführer der AWO, um die Zukunft des AWO-Standortes, Sanierungsmaßnahmen usw. zu beraten,

- Treffen der Alterskameraden des Feuerwehrvereins des Kreises

- 1. Sitzung des Aufsichtsrates der Wohnungsgesellschaft mbH und Konstituierung, als Vors. wurde Steffen Harzer und als Stellv. Stadtrat Obst gewählt;

- Neukonstituierung der Regionalen Planungsgemeinschaft Südwestthüringen, Wiederwahl des Bürgermeisters in den Planungsausschuss;

- Ortssprecher- und Ortsteilratswahlen in den Stadt- und Ortsteilen, die letzte findet am 06.10.09 in Ebenhards statt,

- Wiedereröffnung der Rodachquelle

- Zum Tag des offenen Denkmals hat eine andere Veranstaltung „Trend 2010“ stattgefunden, die sehr gut besucht war.

- Konstituierende Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates

- Bauausschuss: Vorsitzender: Mathias Günther

Stellvertr.: Stefan Tief

- Rechnungsprüfungsausschuss: Vorsitzender: Siegmund Gutberlet

Stellvertr.: Dr. Peter Nowak

- Umweltausschuss: Vorsitzender: Dr. Peter Nowak

Stellvertr.: Gernot Hanf

- Kultur- u. Sozialausschuss: Vorsitzende: Sabine Löffert

Stellvertr.: Siegfried Naujoks

- Zum 70. Geburtstag von Dr. Wolf-Wuesten ein Geschenk und Glückwünsche der Stadt überbracht;

- RA-Kanzlei Benecke & Knoth hat neue Kanzlei eröffnet,

- Eröffnung der „Tafel Hildburghausen“

- Bierverskostung zum Theresienfest

- Mitgliederversammlung Sparkassenversicherung Kristall

- Tagung des Kommunalbeirates der E.ON und des Verbraucherbeirates des WAVH, in dem Dr. Peter Nowak als Vertreter der Stadt Vorsitzender des Beirates ist;

In der nächsten Stadtratssitzung werden über die Mitglieder für den Verbraucherbeirat Vorschläge beraten und entschieden.

- Betriebsbesuche bei Werkzeugbau Hoffmann und bei der Fa. Grüner

- Eröffnung des Theresienfestes am 30.09.2009, 19.00 Uhr Marktplatz, mit Fackelumzug zum Festgelände; dazu sind alle Stadträte und Ortsteilbürgermeister mit Familien eingeladen,

- Zum Ratsinformationssystem wird informiert, dass noch mal Gelder investiert werden müssen, um das gegenwärtige System internetfähig zu gestalten. Es ist jedoch von der Handhabung her nicht passend. Für andere Ratsinformationssysteme würden Kosten zwischen 12 T€ bis 25 T€ entstehen.

Danach sind die Regelungen in der GO auch umzusetzen und die Unterlagen per e-mail zu versenden. Stadträte, die keinen Internetanschluss haben, müssen ihre Unterlagen in der Stadtverwaltung abholen.

Dazu möchten sich die Fraktionen noch mal eine Meinung bilden und diese bis zum nächsten Haupt- und Finanzausschuss dem Bürgermeister übermitteln.

Zu TOP. 5. Ausführungen von Herrn Michaelis, Geschäftsführer Hildburghäuser Bildungszentrum e.V., zur Entwicklung des Berufsinformationszentrums Hildburghausen sowie zum Ausbildungsstandort Metall Eisfeld

Zu diesem TOP. begrüßt der Bürgermeister Herrn Michaelis in der Sitzung. Er macht folgende Ausführungen zur Entwicklung des Berufsinformationszentrums sowie zum Ausbildungsstandort Metall Eisfeld.

Das Hildburghäuser Bildungszentrum ist ein eingetragener Verein, der seit über 18 Jahren besteht und aus der Lehrwerkstatt der „Schraube“ hervorgegangen ist, in einen Ausbildungsring und ab 1991 in einen eingetragenen Verein überführt wurde. Dieser Verein hat sich fast ausschließlich der beruflichen Ausbildung von jungen Menschen in Metallberufen gewidmet. Später kamen weitere Berufe, wie Gastronomieberufe, Handwerksberufe usw. hinzu. Jedes Jahr beginnen zwischen 40 und 50 Jugendliche ihre Ausbildung, die bis zu ihrem Abschluss in der Einrichtung sind.

In den letzten Jahren hat sich die Ausbildung verändert, die Erstausbildung macht insgesamt nur 1/3 der gesamten Kapazitäten aus. Es sind in den vergangenen Jahren viele Projekte der Berufsorientierung dazugekommen.

600 Schüler aus dem gesamten Kreis HBN und Sonneberg können die Einrichtung über das Jahr für 1 – 3 Wochen besuchen, um sich in den verschiedenen Berufsfeldern orientieren zu können.

Es gibt auch berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben und ohne Perspektive sind. Diese können in der Einrichtung praktische Erfahrungen sammeln, um später ihren Hauptschulabschluss absolvieren und danach in eine Ausbildung übergehen zu können.

In der Berufsausbildung ist neu hinzugekommen die Strecke der beruflichen Weiterbildung für Arbeitnehmer, besonders in der jetzigen Phase der Kurzarbeit in den Betrieben.

Die Einrichtung übernimmt auch reine Vermittlungsmaßnahmen, wo nur Teilnehmer von der Agentur für Arbeit bzw. ARGE zugewiesen werden.

In der Einrichtung arbeiten 60 Mitarbeiter, ca. 20 auf dem Gebiet der beruflichen Erstausbildung. Zur Einrichtung gehört ebenfalls das Wohnheim.

Die Stadt ist ebenfalls Mitglied im Verein sowie solche Betriebe, wie Vosseler, Technotrans, Alupress, Fa. Grüner und Privatpersonen. Mit dem geplanten Neubau für die Ausbildung in Metallberufen in Eisfeld sind andere Betriebe in den Verein eingetreten., wie Geräte- und Pumpenbau Merbelsrod, Analytik Jena mit dem Standort Eisfeld usw. (insgesamt 17 Partner) In den letzten Jahren wurde kontinuierlich investiert, so z. B. ca. 2 Mio. € in die Bausubstanz und auf dem Gebiet Lager und Logistik. Bei Eröffnung der Metallausbildungsstrecke in Eisfeld ändert sich zunächst am Standort Hildburghausen nichts. Das ergibt sich schon daraus, dass aufgrund der Ausschreibung durch die ARGE diese an einen bestimmten Standort gebunden ist.

Durch den Aufbau des Fachkompetenzzentrum für Lager und Logistik in Hildburghausen kommen Jugendliche aus dem gesamten Thüringer Raum, da hier auch die Prüfungen der IHK durchgeführt werden. Ein Problem ist dabei, dass das Kultusministerium im Moment dabei ist, von der Berufsschule in Hibu. Teile dieser Ausbildung abzuziehen und die Fachkräfteausbildung für Lagerlogistik aufzulösen und nach Erfurt zu verlegen.

Es ist geplant, am Standort Hildburghausen ein Berufsinformationszentrum für die Metallindustrie aufzubauen und zu betreiben. Über das LEADER-Programm sollen hier Gelder beantragt werden. Das größte Problem ist die Abwanderung der Jugendlichen.

In diesem Zusammenhang möchte er den Hinweis an die Stadt geben, dass seit über 4 Jahren das Umlegungsverfahren „Schraube“ noch nicht zum Abschluss gebracht wurde. Der Erweiterungsbau ist durch Bauantrag genehmigt, ist jedoch nicht das eigene Gelände.

Zu TOP. 6.

Beschluss-Nr. 167/2009

Billigungs- und Auslegungsbeschluss zur 9. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes

Beschlusstext:

1. Der Entwurf der 9. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes für den Bereich Karolinenburg, Umwidmung einer Sonderbaufläche „Klinik“ in eine gemischte Baufläche, die Begründung und der Umweltbericht werden in der vorliegenden Fassung vom August 2009 gebilligt.
2. Der Entwurf der 9. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes und der entsprechenden Begründung einschließlich des Umweltberichtes wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
Die beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange werden von der Auslegung benachrichtigt.
3. Gleichzeitig werden die Träger öffentlicher Belange zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert (§ 4a BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen:	23	Nein-Stimmen:	0
		Stimmenthaltungen:	0

Aufgrund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

Zu TOP. 7.**Beschluss-Nr. 165/2009****Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Vorhaben "Domäne Karolinenburg"**

An diesem Standort, erläutert der Bürgermeister, sollte ein Freizeitzentrum entwickelt werden. Infolge des Trinkwasserschutzgebietes Karolinenburg ist dieses nicht umsetzbar, so dass jetzt das Verfahren umgewandelt werden muss. Es soll an diesem Standort für die nächsten Jahre vorübergehend das Asylbewerberheim des Landkreises Hibu. untergebracht werden.

Beschlusstext:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das Vorhaben „Domäne Karolinenburg“ in der Gemarkung Hildburghausen, Stadt Hildburghausen und der Entwurf der Begründung sowie der Umweltbericht werden in der vorliegenden Fassung (August 2009) gebilligt.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes einschließlich der Begründung sowie der Umweltbericht werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden von der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes informiert.

Gleichzeitig werden die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen:	23	Nein-Stimmen:	0
		Stimmenthaltungen:	0

Aufgrund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

Zu TOP. 8.**Beschluss-Nr. 170/2009****Sanierung des städtischen Gebäudes Untere Allee 8**

Stadtrat Czapla weist darauf hin, dass man normalerweise an die Dinge so herangeht, dass man sagt, was liegt für ein Nutzungskonzept vor und welche Kosten entstehen. Danach wird entschieden, ob die Maßnahme realisiert wird oder nicht. Jetzt geht man umgedreht vor, dass ein Grundsatzbeschluss gefasst wird, obwohl nicht bekannt ist, was gemacht werden soll.

Wie soll es seitens der Stadt weitergehen, legt die Stadt das Nutzungskonzept vor? Ein Vorschlag in seinem Wahlprogramm war, zu überprüfen, ein Mehrgenerationenhaus entstehen zu lassen. Dies könnte als Anregung gesehen werden.

Der Bürgermeister verweist auf die Begründung, in der die Vorgehensweise dargelegt ist. Die Bestands- und Schadenserfassung sowie die Erstellung eines Nutzungskonzeptes werden dann in den Gremien des Stadtrates vorgestellt und behandelt und dann die Kosten im HH-Plan der Stadt eingestellt. Im kommenden Jahr soll die 1. Stufe in Angriff genommen werden. Im Gebäude sind der Seniorenklub, ein Büro von BAUR Consult, Standesamt und Urkunden-

stelle sowie das Stadtarchiv untergebracht. Speziell für das Stadtarchiv gibt es Probleme, da dieses im Kellergeschoss liegt und eine hohe Feuchtigkeit vorhanden ist. Was erhalten werden soll ist der Seniorenklub, der umgebaut und anders genutzt werden soll (Schaffung Freifläche). Es wird nach wie vor dort eine Verwaltungsnutzung benötigt.

Stadtrat Günther ergänzt, dass es im Bauausschuss eine ausführliche Erläuterung durch den Bauamtsleiter und den Bürgermeister gab. Dieser Grundsatzbeschluss soll gefasst werden, weil das Haus erhalten werden soll. Am Gebäude besteht Bedarf, da auch die Energiebilanz des Hauses nach heutigen modernen Gesichtspunkten sehr schlecht ist. Es muss im Sommer im Archiv noch geheizt werden. Wir sollten uns als Stadträte für dieses Haus einsetzen und dieser Vorlage zustimmen.

Die Stadtverwaltung kann die geforderte Nutzung im Konzept erst vorlegen, wenn die Bestandsaufnahme gemacht wurde. Dazu ist der Grundsatzbeschluss erforderlich.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Sanierung des städtischen Gebäudes Untere Allee 8 auf der Grundlage eines noch abzustimmenden Nutzungskonzeptes.

Mit der Planung soll das Büro Thomas Beyer Architekten aus Berlin beauftragt werden.

Abstimmung: mehrheitlich angenommen

22	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
1	Enthaltungen

Zu TOP. 9.

Beschluss-Nr. 172/2009

Fortführung des Verfahrens zur Aufstellung eines B-Planes für die Waldstadt, 2. BA, Gemeinbedarfs- und Wohnbauflächen im Bereich der Kastanienallee

Heute wird nicht über den B-Plan und seinem Umfang abgestimmt, sondern über die Fortführung des B-Planes. Es wurden bereits 30 T€ in den B-Plan investiert. Die Verwaltung ist der Meinung, dass die Fortführung des Verfahrens dringend geboten ist. Seit Schuljahresbeginn sind am Standort 3 Unfälle passiert. Aus diesem Grund ist die verkehrstechnische Erschließung an diesem Standort dringend erforderlich. Es gibt mehrere Problemfälle dort, nicht nur die Zufahrten zur Grundschule I und Dr. Ludwig-Nonne-Schule und zur Grundschule II, sondern auch die Problematik der Zufahrten zu den Schulsporthallen bei dortigen Veranstaltungen, wie Hummel-Cup und Sparkassen-Cup. Die Zufahrt zur Astrid-Lindgren-Schule erfolgt über die Straße „Am Römersbach“. Diese Straße war im V + E-Plan als Stichstraße vorgesehen, die abgepollert werden sollte. Ein Teil liegt auf Privatgelände der Wohnanlage. Im V + E-Plan ist diese Kastanienallee auch als Zufahrtsstraße für dieses Wohngebiet vorgesehen. Dort gibt es eine Baugenehmigung für ein Wohnhaus auf der Grundlage der von der Stadt geplanten Erschließung. Für ein weiteres Wohnhaus gab es in diesem Jahr eine Bauvoranfrage, die aufgrund der nicht gesicherten Erschließung nicht genehmigt werden konnte. Hier ist dringend Abhilfe zu schaffen.

Der Bürgermeister betont noch mal, dass wir heute nicht über den Inhalt der B-Planung entscheiden. Das Verfahren hat den Namen „B-Plan für die Waldstadt 2. BA – Gemeinbedarfs- und Wohnbauflächen im Bereich der Kastanienallee.“

Über den Inhalt wird im nächsten Schritt voraussichtlich im Jahre 2010 entschieden. Um im HH-Plan 2010 die Gelder berücksichtigen zu können, ist dieser Beschluss erforderlich.

Stadträtin Dr. Laube stellt den Antrag, dass alles was Unfälle betrifft, im nichtöffentlichen Teil diskutiert wird, weil hier Personen angegriffen werden können.

Es wurden keine Namen genannt und keine Daten, aus denen geschlussfolgert werden kann, welcher Unfall wann passiert ist. Aus diesem Grund muss nicht die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden, betont der Bürgermeister.

Stadtrat Wiener hat das Schreiben von der PI vorliegen. Die Polizei sieht hier keine Gefährdung. Das Ein- und Ausparken ist die größte Gefährdung. Durch eine Straße wird kein Ein- und Ausparken verhindert. Von diesen 3 Unfällen sind 2 mit Blechschäden, der 3. Unfall ist dadurch entstanden, dass die Fahrerin auf den Schulbereich gefahren ist.

Im vergangenen Jahr war der wichtige Punkt angesprochen, dass die Sicherheit für die Feuerwehr nicht gegeben ist.

Das Land hat auch keinen Bedarf hier etwas neu zu ordnen. Die Zugänge zu den Schulen sind gegeben. Die Schulen haben Elternbriefe herausgegeben, die aussagen, dass das Schulgelände nur von den dazu Berechtigten befahren werden darf und dass die Kinder, die von ihren Eltern mit dem PKW gebracht werden, hinter der Turnhalle die Fahrzeuge verlassen können. Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass das Schulgrundstück nicht mit privaten PKW befahren werden darf.

Der Bürgermeister ergänzt, dass unabhängig von den PKW der Eltern auf dem Schulgelände Autoverkehr durch die Lehrer stattfindet. Das Kind, was vom Unfall betroffen ist, war in Begleitung einer Erzieherin.

Er erinnert daran, dass auch im Jahre 2001 es einen Unfall Am Römersbach gab, wo ein Kind durch ein Fahrzeug in den Römersbach abgedrängt wurde. Durch die dortigen Anwohner gab es bereits zahlreiche Beschwerden.

Wir entscheiden heute nicht für den Landkreis als Schulträger, sondern für die Stadt, die hier deutlichen Bedarf sieht. Im Jahre 1995 wurde bereits der vorhabenbezogene B-Plan für das Wohngebiet Am Römersbach erstellt, der die Kastanienallee als Erschließungsstraße vorsah. Das Wohnhaus gegenüber der Schule wurde 1993 genehmigt im Vorgriff auf die geplante Erschließung der Kastanienallee.

Es ist Aufgabe der Stadt, im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung Infrastruktur zu schaffen und zu unterhalten.

Stadträtin Löffert äußert sich als Vorsitzende der Elternsprecher der Grundschule I dahingehend, dass sie mit vielen Eltern dieses Thema diskutiert hat. Das eigentliche Problem ist der fehlende Gehweg innerhalb des Schulgeländes. Manche Eltern halten sich nicht an die Anweisung der Schule. Weiterhin sollen die Eltern ihre Kinder zwischen 7.15 und 7.30 Uhr in die Schule bringen, was zu einem großen Problem führt.

Stadtrat Tief als Miteigentümer der Wohnanlage Am Römersbach kann bestätigen, dass bereits im Jahre 1996 gesagt wurde, dass die Überfahrt zur Schule nur geduldet wird und in den kommenden Jahren aufgrund des Baues der Kastanienallee mit Erschließungskosten zu rechnen ist. Der Zustand Am Römersbach ist untragbar und deshalb ist die Erschließungsstraße dringend notwendig.

Stadtrat Czapla hat sich Unterlagen vom Schulverwaltungsamt des Landkreises zukommen lassen einschließlich der Stellungnahme der Polizei. Der Parkplatz an der Turnhalle ist ein

Problem, der auch als Wendeplatz genutzt wird. Es ist der Hinweis zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, über eine Einbahnstraßenregelung die Zu- und Abfahrt zu verändern. Anhand von Bildmaterial werden weitere Darlegungen zur Parksituation und einer möglichen Änderung der Verkehrssituation gemacht.

Die heutige Vorlage umfasst die Fortführung des Verfahrens zur Aufstellung eines B-Planes Waldstadt. So steht in der Vorlage aus dem Jahr 2007: es werden folgende grundsätzliche Planungsziele angestrebt:

- Einordnung eines Festplatzes mit Funktionsgebäude und Lärmschutzwall.

Zur Parksituation wird durch **StR Kummer** ergänzt, dass zu berücksichtigen ist, dass in der Waldstraße im Schulbereich ein Halteverbot besteht. Ein weiteres Problem ist die Parksituation am AWO-Kindergarten, der auch von Eltern genutzt wird, die ihre Kinder in die Einrichtung bringen. Diese Situation ist völlig unbefriedigend und hier ist dringend eine Lösung erforderlich.

Stadtrat Bumann verweist erneut auf den Zustand der Zuwegung im Turnhallenbereich. Er gibt zu bedenken, dass der Unfall hohe Wellen geschlagen und der Verkehr noch mehr zugenommen hat, weil die Eltern ihre Kinder sicher zu Schule bringen möchten.

Ein weiteres Problem ist die Entwässerungsproblematik, die Bestandteil des alten B-Planes war. Wir reden heute nicht über den Festplatz, sondern auch über die Klärung der Erschließung.

Stadtrat Weichler ist der Auffassung, dass jetzt eine Erschließungsstraße über die gesamte Wiesenfläche bis nach Häselrieth gebaut werden soll, die hohe Kosten verursacht. Diese Kosten könnten in der Kernstadt oder in den Ortsteilen besser Anwendung finden.

Stadträtin Dr. Laube ergänzt, dass die Parkplatzsituation besser geregelt werden sollte. Sie schlägt vor, den Parkplatz zwischen Turnhalle und BSI besser zu befestigen und Parkflächen im Fischgrätenmuster beidseitig zu schaffen, so dass die PKW zur anderen Seite wieder herausfahren können, um das BSI und den Wohnblock herum (Privatstraße). Auf diesem Parkplatz parken auch Gymnasiasten, wenn sie Sportunterricht haben.

Der Bürgermeister betont, dass die Schulleiterin der Grundschule I, Frau Dann, hier ebenfalls Bedarf sieht. Am Standort sind 300 Schüler, zusätzlich 120 Kindergartenkinder und tagsüber reger Verkehr durch den Freizeittreff, eine Sporthalle mit 400 Sitzplätzen für Veranstaltungen, jedoch sind keine ausreichende Parkplatzkapazität und eine gesicherte Zufahrt vorhanden.

Stadtrat Knittel ist der Meinung, dass indirekt mit der Fortführung des B-Planes die Frage Großparkplatz und Festplatz steht. Es wird immer verkannt, dass die Waldstadt die einzige Neubausiedlung ist, die Hildburghausen im Moment hat und auch in Zukunft haben wird. An anderer Stelle können kaum noch Eigenheime gebaut werden.

Mit der heutigen Entscheidung zur Fortführung des B-Planes ist auch indirekt verbunden die Entscheidung von Bürgern, dort in der Waldstadt zu bauen. Denn wenn bekannt ist, dass der B-Plan fortgeführt wird, kommt vielleicht auch der Großparkplatz und der Festplatz. Mit diesem B-Plan wird man kaum erreichen, dass dort Neuansiedlungen erfolgen.

Stadträtin Siegel ergänzt zur kritische Situation in der Waldstraße. Es gibt auch eine Dunkelziffer von Unfällen, die nicht zur Anzeige gekommen sind.

Stadtrat Günther verweist u. a. auf die Einhaltung der Redezeit. Er bezieht sich auf das Schreiben der Polizei vom 11.09.2009 bezüglich der Gefahr beim Ein- und Aussteigen der Kinder, die mit dem PKW zur Schule gebracht werden. Er macht noch mal die verschärfte Situation am Schulstandort Waldstraße deutlich.

Stadtrat Czapla bringt noch mal zum Ausdruck, wenn anstatt der Parkplätze eine Straße für Kinder sicherer sein soll, er sich dies nicht vorstellen kann. Wenn es nur um die Sicherheit geht, könnte man den Geltungsbereich des B-Planes verändern und nur bis zur Schule einbeziehen. Es gibt Alternativen dazu.

Eine Änderung des B-Planes bzw. des Geltungsbereiches und des Inhaltes kann erst vorgenommen werden, wenn der Plan auf der Tagesordnung steht. Der Billigungs- und Auslegungsbeschluss, der öffentlich diskutiert werden sollte, wurde nicht gefasst. Wir entscheiden heute über die Fortführung des bereits aufgestellten B-Planes, um im nächsten Schritt mit dem Billigungs- und Auslegungsbeschluss die Änderungen vorbringen zu können, macht der Bürgermeister deutlich.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Fortführung des Verfahrens zur Aufstellung eines B-Planes für die „Waldstadt, 2. BA, Gemeinbedarfs- und Wohnbauflächen im Bereich der Kastanienallee“. Die Planungsinhalte und der Geltungsbereich des B-Planes sind an die aktuellen Planungserfordernisse anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 6	Stimmenthaltungen:	4

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: Stadtrat Stefan Tief

Zu TOP. 10.

Beschluss-Nr. 176/2009

Überführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das "Gewerbegebiet West - Solarpark Hildburghausen" in einen einfachen Bebauungsplan

Bei dieser Vorlage geht es darum, dass aufgrund einer Beratung im Bauamt des Landkreises und aller Beteiligten empfohlen wurde, einen einfachen B-Plan zu erstellen. Der inhaltliche Teil wird in den nachfolgenden Beschlüssen berücksichtigt.

Stadträtin Dr. Laube macht darauf aufmerksam, dass sie insgesamt gegen dieses Projekt ist. Da hohe strukturgebende Gehölzkulisse im Widerspruch zu der Nutzungsabsicht steht, ist eine Abwägung der Verschlechterung der Landschaftsbildqualität zum Nutzungsinteresse nötig. Dies wird bei der Abwägung noch mal erläutert.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das „Gewerbegebiet West – Solarpark Hildburghausen“ in einen einfachen Bebauungsplan gemäß § 30 Abs. 3 BauGB zu überführen.

Zwischen dem Vorhabenträger Agrarunternehmen Pfersdorf e.G. und der Stadt Hildburghausen wird ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen: 22	Nein-Stimmen: 1	Stimmenthaltungen:	0

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

Zu TOP. 11.**Beschluss-Nr. 189/2009****Abwägungsbeschluss zum einfachen Bebauungsplan für das "Gewerbegebiet West"**

Zu dieser Vorlage wurde eine Ergänzung des Pkt. 34.7. – Stellungnahme der Stadtverwaltung mit einem Abwägungsvorschlag – verteilt.

Durch die anwesenden Stadträte wird über jeden einzelnen Abwägungsvorschlag abgestimmt. Stadtrat Bumann ergänzt zur Stellungnahme der Stadt zu Pkt. 34.7. als Abwägungsvorschlag: Zwischen den Baufeldern 1 und 2 sind elektrische Leitungen als Erdverkabelung zu verlegen.

Stadträtin Dr. Laube trägt eine Äußerung vom Deutschen Bauernverband vor.

Sie möchte wissen, was die Kommune für einen Nutzen hat von dieser Anlage. Der Betreiber ist ein Schleusinger Unternehmer.

Der Bürgermeister begründet, dass es vorgesehen ist, diese Fläche der Landwirtschaft zu entziehen. Eine Abstimmung zum FNP wurde mit der Landwirtschaft vorgenommen. Eigentümer bzw. Pächter ist ein hiesiger Landwirtschaftsbetrieb, der selbst als Vorhabenträger auftritt und selbst auch erklärt, dass durch den Wegfall der landwirtschaftlichen Nutzfläche sein Bestand nicht gefährdet ist. Die Betreiberfirma für die Solarparkanlage wird eine Firma sein, die ihren Sitz in Hildburghausen hat.

Beschlusstext:

1. Der Stadtrat beschließt das Abwägungsprotokoll zum einfachen Bebauungsplan für das „Gewerbegebiet West“ in der Gemarkung Häselrieth, Stadt Hildburghausen vom 16.09.2009, Teil A – Stellungnahmen der berührten Träger öffentlicher Belange (Pkt. A 1 bis Pkt. A 34) und Teil B – Anregungen der Bürger (Pkt. B 1).
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen (Teil A des Abwägungsprotokolls) sowie die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten

Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4 Abs. 2 BauGB (Teil B des Abwägungsprotokolls) hat der Stadtrat mit folgendem Ergebnis geprüft:

Teil A:

Berücksichtigt wird die Stellungnahme von

1. E-ON Thüringer Energie AG vom 10.08.2009
3. Kabel Deutschland vom 15.07.2009
4. WAVH vom 28.07.2009
5. Fernwasserversorgung Südthüringen vom 22.07.2009
6. Thüringer Landesverwaltungsamt, Ref. 300 vom -
8. Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, AS Steinsburgmuseum vom 01.09.2009
11. Thüringer Landesamt für Umwelt und Geologie vom 17.07.2009
12. Landesbetrieb für Arbeitsschutz u. technischen Verbraucherschutz, Regionalinspektion Suhl vom 17.07.2009
14. Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr, AS Suhl vom 17.07.2009
16. Thüringer Landesbergamt vom 04.08.2009
13. Amt für Landentwicklung und Flurneuordnung vom 13.08.2009
18. Wehrbereichsverwaltung Ost vom 13.08.2009
19. IHK Südthüringen vom 05.08.2009
20. Landwirtschaftsamt Hildburghausen vom 13.08.2009
21. Landesamt für Vermessung u. Geoinformation, Katasterbereich Schmalkalden vom 04.08.2009
23. Landespolizei Thür., PI Hildburghausen vom 17.07.2009
- 24.1. Landratsamt, Bauamt vom 14.08.2009
- 24.2. Landratsamt, Untere Naturschutzbehörde vom 23.07.2009
- 24.3. Landratsamt, Immissionsschutzbehörde vom 23.07.2009
- 24.4. Landratsamt, Untere Abfallbehörde vom 23.07.2009
- 24.5. Landratsamt, SG Brandschutz vom 11.08.2009
- 24.6. Landratsamt, Untere Denkmalbehörde vom 07.08.2009
- 24.7. Landratsamt, Untere Wasserbehörde vom 23.07.2009
- 24.8. Landratsamt, Straßenverkehrsbehörde vom 15.07.2009
- 24.9. Landratsamt, Kreisentwicklungsamt vom 21.07.2009
25. Landratsamt, Gesundheitsamt vom 14.08.2009
26. Bundesagentur für Arbeit vom 22.07.2009
27. Thüringer Bauernverband e.V. vom 12.08.2009
28. Verwaltungsgemeinschaft Feldstein vom 14.07.2009
30. Gemeinde Gleichamberg vom 20.07.2009
32. Stadt Schleusingen vom 30.06.2009
33. Gemeinde Auengrund vom 14.08.2009
34. Stadtverwaltung Hildburghausen
- 34.1. Stadtverwaltung Hildburghausen, Amt 20, Bereich Forsten vom 20.07.2009/14.09.2009
- 34.2. Stadtverwaltung Hildburghausen, Büro 02, Wirtschaftsförderung +Tourismus vom 17.08.2009
- 34.3 Stadtverwaltung Hildburghausen, Amt 60, Hoch-u. Tiefbau vom 10.07.2009
- 34.4. Stadtverwaltung Hildburghausen, Amt 60, Bauverwaltung vom 28.07.2009
- 34.5 Stadtverwaltung Hildburghausen, Amt 32, Ordnungsamt vom 23.07.2009
- 34.6 Stadtverwaltung Hildburghausen, Amt 20, Liegenschaften vom 20.07.2009
- 34.7. Stadtverwaltung Hildburghausen, Amt 60/1, Stadtplanung/Stadtentwicklung vom 28.09.2009

Keine Stellungnahme wurde abgegeben von

- 2. Deutsche Telekom
- 10. Straßenbauamt Südwestthüringen
- 13. Kreishandwerkerschaft
- 29. Gemeinde Straufhain
- 31. Gemeinde Veilsdorf

Teilweise bzw. nicht berücksichtigt wird die Stellungnahme von

Am Verfahren nicht beteiligt waren

- 7. Kampfmittelräumdienst Tauber Delaborierung GmbH
- 9. Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Bau- u. Kunstdenkmalpflege
- 15. Deutsche Bahn, DB Netz AG
- 22. Thüringer Forstamt Heldburg

Teil B

Während der einmonatigen Auslegung des Planentwurfs wurden folgende Anregungen von Bürgern vorgebracht.

- 1. Fr. Dr. S. Laube vom 27.08.2009

Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt.

- 3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Bürger, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Das gesamte Abwägungsprotokoll sowie der Nachweis der Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange und Bürger, deren Anregungen nicht oder nur teilweise berücksichtigt wurden, sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung beizufügen.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen: 22	Nein-Stimmen: 1	Stimmenthaltungen:	0

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

Zu TOP. 12.

Beschluss-Nr. 190/2009

- 2. Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum geänderten und ergänzten einfachen Bebauungsplan "Gewerbegebiet West"**

Hier ist dem Beschlusstext hinzuzufügen:

Gemäß dem Abwägungsbeschluss Nr. 189/2009 vom 29.09.2009 ist der auszulegende Bebauungsplan entsprechend zu ergänzen.

Beschlusstext:

Der Entwurf des einfachen Bebauungsplanes für das „Gewerbegebiet West“ in der Gemarkung Häselrieth, Stadt Hildburghausen und die Begründung einschließlich des Umweltberichts werden in der geänderten und ergänzten Fassung (September 2009) gebilligt.

Der geänderte und ergänzte Entwurf des einfachen Bebauungsplanes „Gewerbegebiet West“ und die Begründung einschließlich des Umweltberichts und der bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen werden gemäß § 4a Abs. 3 BauGB für die Dauer von zwei Wochen erneut verkürzt öffentlich ausgelegt.

Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden von der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes informiert.

Gleichzeitig werden die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 2 BauGB erneut zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen:	22	Nein-Stimmen:	1
		Stimmenthaltungen:	0

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

Zu TOP. 13.

Beschluss-Nr. 152/2009

Vorbereitung eines neuen Konzessionsvertrages für die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Stromversorgung im Stadtgebiet Hildburghausen

Mit der Energieversorgung wurden Konzessionsverträge abgeschlossen, damit die Energieversorger die Leitungen in Straßen und Gehwegen nutzen können. Dafür erhält die Stadt gewissen Vorteile und auch Nachteile. Die Konzessionsverträge haben eine relativ lange Laufzeit, die jetzt nach 20 Jahren ausläuft. Der Vorteil ist, dass die Konzessionsverträge in Thüringen zu einem festen Termin abgeschlossen werden. Dies bedeutet, wenn alle Kommunen ausschreiben, gibt es einen anderen Verhandlungsdruck durch die Kommunen. Im Jahre 2011 hat sich die Stadt damit zu befassen, wer neuer Konzessionsträger wird.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, dass der Bürgermeister ermächtigt und beauftragt wird, einen neuen Konzessionsvertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Stromversorgung für das Stadtgebiet vorzubereiten.

Abstimmung: mehrheitlich angenommen

21 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

0 Stimmhaltungen

Zu TOP. 14.

Beschluss-Nr. 174/2009

**Berufung eines Ortssprechers für den Stadtteil Birkenfeld
(Amtsperiode 2009 - 2014)**

Herr Günter Blechschmidt wurde in der EW-Versammlung mit 23 von 23 möglichen Stimmen als Ortssprecher vorgeschlagen und bestätigt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Hildburghausen beschließt, Herrn Günter Blechschmidt, wohnhaft Massenhäuser Str. 6, 98646 Hildburghausen, zum Ortssprecher des Stadtteiles Birkenfeld für die Amtsperiode 2009 – 2014 gemäß § 3 Abs. 8 der Hauptsatzung der Stadt Hildburghausen zu berufen.

Abstimmung: einstimmig angenommen

23 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Zu TOP. 15.

Beschluss-Nr. 177/2009

**Berufung eines Ortssprechers für den Stadtteil Wallrabs
(Amtsperiode 2009 - 2014)**

Frau Bihr wurde von 22 stimmberechtigten Bürgern in der offenen Abstimmung bestätigt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Hildburghausen beschließt, Frau Esther Bihr, wh. Obere Gasse 1, 98646 Hildburghausen, zur Ortssprecherin des Stadtteiles Wallrabs für die Amtsperiode 2009 bis 2014 gem. § 3 Abs. 8 der Hauptsatzung der Stadt Hildburghausen zu berufen.

Abstimmung: einstimmig angenommen

23 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Zu TOP. 16.

Beschluss-Nr. 179/2009

**Berufung eines Ortssprechers für den Stadtteil Häselrieth
(Amtsperiode 2009 - 2014)**

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Hildburghausen beschließt, Herrn Torsten Pfütsch, wh. Akazienweg 4, 98646 Hildburghausen, zum Ortssprecher des Stadtteiles Häselrieth für die Amtsperiode 2009 bis 2014 gem. § 3 Abs. 8 der Hauptsatzung der Stadt Hildburghausen zu berufen.

Abstimmung: einstimmig angenommen

23 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Zu TOP. 17.**Beschluss-Nr. 186/2009****Mitgliedschaft der Stadt Hildburghausen im Zweckverband " Tierheim Hildburghausen "**

Stadtrat Czapla stellt die Frage zum Standort und die Entscheidung durch den Stadtrat. In Hildburghausen gibt es einen 2. Verein und hier wird vorgeschlagen, sich mit diesem ins Benehmen zu setzen.

Zur Errichtung des Tierheimes ist ein Bauantrag zu stellen, so dass hierüber der Stadtrat zu entscheiden hat, betont der Bürgermeister.

Der Vorschlag kommt vom Veterinäramt, das seit Jahren mit dem Tierschutzverein Südthüringen zusammenarbeitet und die Betreuung des Tierheimes durchführen wollen.

Stadtrat Günther ergänzt, dass der Tierschutzverein Südthüringen schon sehr lange und zuverlässig arbeitet. Es wäre empfehlenswert, wenn sich der Hildburghäuser Verein an den Südthür. Tierschutzverein zwecks Kooperation wendet.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Hildburghausen im neu zu gründenden Zweckverband „Tierheim Hildburghausen“.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, bei der Gründung des Zweckverbandes diesem als Gründungsmitglied beizutreten und notwendigen Änderungen der Verbandssatzung zuzustimmen.

Abstimmung: einstimmig angenommen

23 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Zu TOP. 18.**Beschluss-Nr. 187/2009**

Vereinbarung mit dem WAVH zur Dokumentation, Wartung und Instandhaltung von Feuerlöschhydranten in der Stadt Hildburghausen und den zugehörigen Ortsteilen

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt den Abschluss einer Vereinbarung mit dem WAVH zur Dokumentation, Wartung und Instandhaltung der Feuerlöschhydranten in der Stadt Hildburghausen.

Abstimmung: einstimmig angenommen

23 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Zu TOP. 19.

Beschluss-Nr. 188/2009

Vereinbarung mit dem WAVH zur Löschwasserversorgung in der Stadt Hildburghausen und den zugehörigen Stadtteilen.

Zur Frage von **Stadtrat Knittel** zu den Kosten für die Frischwasserversorgung (Regelung im § 2 der Vereinbarung - Betriebskostenerstattung) erläutert der Bürgermeister, dass es sich nicht um eine doppelte Bezahlung handelt.

Im § 4 Abs. 2 ist folgende Änderung vorzunehmen:

(2) Die Stadt ist verpflichtet, dem WAVH sämtliche infolge der größeren Dimensionierung der Wasserversorgungsanlagen **nachgewiesenen** Kosten zu erstatten.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt den Abschluss einer Vereinbarung mit dem WAVH zur Löschwasserversorgung in der Stadt Hildburghausen.

Abstimmung: einstimmig angenommen

23 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Zu TOP. 20. Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsbürgermeistern

Stadtrat Dr. Nowak informiert zur Sitzung des Umweltausschusses. Die 2. Sitzung wird am 18.11.2009, 18.00 Uhr im Cafe „Charlott“ durchgeführt. In dieser Sitzung wird mit dem KGUS die Jahresplanung 2010 beraten, weiterhin wird die Arbeitsplanung der nächsten Sitzungen festgelegt. Auf 2 Dinge wird sich der Ausschuss in der nächsten Wahlperiode konzentrieren, zum einen die Erschließung der Rodach bis zum Anschluss in Stressenhausen und zum anderen die Thematik Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt. Er bittet die Fraktions-Vorsitzenden um Zuarbeit für die Erarbeitung des Arbeitsplanes.

Stadtrat Weichler bemerkt, dass sich die Ausschüsse konstituiert haben und StR Dr. Nowak hat bereits eine Auswertung der 1. Sitzung vorgenommen. Es ist komisch, dass die Freien Wähler zu der 1. konstituierenden Sitzung nicht eingeladen waren und keinerlei Informationen hatten. Wie Frau Wütscher äußerte, wurde die CDU ebenfalls nicht eingeladen. Hier stellt sich die Frage, werden nur noch Stadträte eingeladen, die das Positionspapier unterzeichnet haben.

Der Bürgermeister erklärt hierzu, dass Herr Schäfer, wie auch in der letzten Legislaturperiode, sämtliche Mitglieder des Umweltausschusses eingeladen und er sich gewundert hat, dass StR Weichler und StR Wütscher nicht anwesend waren.

Herr Harzer wird morgen mit Herrn Schäfer als zuständiger Mitarbeiter für den Umweltausschuss Rücksprache halten und die Ausschuss-Mitglieder informieren. Er verweist auch darauf, dass alle Fraktionen über die Termine der konst. Sitzungen informiert waren.

Stadträtin Wütscher hatte ebenfalls keine Information über die Sitzung. In der Terminplanung für das 2. Halbjahr war für den UA kein Termin angegeben. Sie hat keine Einladung erhalten.

Stadtrat Czapla wird morgen die Kommunalaufsicht darüber informieren.

Stadtrat Günther ist der Auffassung, dass man in der Verwaltung hätte nachfragen können, da es nicht neu und den wiedergewählten Stadträten bekannt ist, dass die Ausschusssitzungen immer vor der jeweiligen Stadtratssitzung des Monats stattfinden.

Es gibt verschiedene Beschwerden von Bürgern im Bereich der Reinhold-Huhn-Straße und in der Friedensstraße, wo zwischen zwei Wohnblöcken größere Steine hingesezt worden sind. Es gibt Beschwerden, dass man beim Parken dagegen fährt oder in der Friedensstraße sich Kinder verletzen könnten, weil diese nicht befestigt sind.

Er bittet darum, dass dieser Sachverhalt geprüft und eine Lösung gefunden wird.

Stadtrat Obst ist auch von mehreren Bürgern angesprochen worden hinsichtlich der Veranstaltung im Theater „Bauer sucht Frau“. Selbst der Festwirt war mit dieser Veranstaltung unzufrieden.

Herr Harzer informiert, dass mehr im Vertrag vereinbart war als letztendlich erfüllt wurde. Das Problem für den Festwirt ist, dass diese Veranstaltung im Vorab bezahlt werden musste. Die Pressemeldungen waren mit dem Veranstalter abgestimmt. Er würde empfehlen, dass sich die Hildburghäuser an RTL wenden.

Stadträtin Wütscher hat 2 Anfragen von Bürgern aus Ebenhards:

1. Regenrinnen auf dem Radweg – Unfallgefahr -
2. Von der Stülpnerhütte kommt viel Wasser herunter und läuft in ein Privatgrundstück hinein.

In diesem Jahr können diese Maßnahmen nicht mehr realisiert werden, so der Bürgermeister. Vor den Regenrinnen auf dem Radweg sind diesbezüglich Hinweisschilder aufgestellt.

Stadtrat Tief spricht im Namen von Jugendlichen die Halfpipe am HBZ an, die am Wochenende geschlossen ist. Die Jugendlichen sind auf der Suche nach einer Halle in Hibu. Sie wollen einen Verein gründen. Es soll bereits Gespräche mit der Stadt und dem Kreisjugendring geben.

Die Jugendlichen waren bereits beim Bürgermeister. Das HBZ verlangt, dass sich ein rechtskräftiger Verein gründet, der damit die Verantwortung übernimmt und dann auch die Schlüssel zum Gelände erhält. Die Jugendlichen haben das Problem Halle dem Bürgermeister vorgetragen. Die Stadt wird sich dort nicht beteiligen, weil sie dann eine Aufsichtspflicht übernehmen und die TÜV-Auflagen und Beleuchtungsaufgaben einhalten muss.

Herr Geißenhöner, OTB Pfersdorf, kritisiert die mangelhafte Information zwischen Bürgermeister und dem OTB Pfersdorf bezüglich des Kulturhauses. Er hat keine Information erhalten, dass die Maßnahme vorerst nicht realisiert wird und dass Fördergelder zurückgegeben wurden. Er möchte wissen, wie es mit dem KH Pfersdorf weitergehen soll.

Durch den Bürgermeister wird dargelegt, dass in der StRS am 19.08.09 bereits über den Stand und den weiteren Verfahrensweg informiert wurde. Es wurde ein entsprechender Änderungsantrag an das Amt für Landentwicklung und Flurneuordnung Meiningen gestellt. Ziel ist es, dass wir noch in diesem Jahr die neuen Förderbescheide für das Jahr 2010 erhalten, um im Herbst/Winter die Ausschreibung vornehmen zu können.

Stadträtin Dr. Laube beantragt, dass in der nächsten Stadtratssitzung auf die Tagesordnung gesetzt wird, einmal der Stand zur Stadtbuslinie und die Beratung über die Notwendigkeit einer Veränderung, das bereits für diese Stadtratssitzung zugesagt war. Zum anderen wird die Aufnahme einer Information zur Baumaßnahme Stützmauer einschließlich Gutachten beantragt.

Sie stellt die Frage zum Biomasseheizkraftwerk.

Sie bittet Herrn Klering, dass der Kauf von Gutscheinen für das Schwimmbad auch möglich ist für eine kürzere Badezeit, z. B. 2-Stundentakt.

Sie fragt an, wo sie die Arbeitsplatzbeschreibung der Streetworkerin einsehen kann, damit man sich darauf einstellen kann, wenn man jemand findet, der für die Stelle passt.

Weiterhin möchte sie wissen, wie der Stand des Dachneubaues in der Kita „Tausendfüßler“ ist.

Der Theresienplatz soll zu einem Teil verkauft sein, wer hat gekauft und welche Fläche.

Bürgermeister:

Vom Theresienplatz (Fläche zwischen Kunstrasenplatz und Schwimmhalle) ist keine Fläche verkauft worden. Grundstücke wurden verkauft im Schraubengelände und zwar Teilflächen von der gegenüberliegenden Parkfläche und es liegen weitere Anträge zum Kauf vor.

Die Kita „Tausendfüßler“ ist die Maßnahme eines Freien Trägers, der Freie Träger hat von uns einen Bescheid und ist selbst verantwortlich für die Durchführung der Baumaßnahme.

Der Kauf von Gutscheinen für 2 Stunden für das Schwimmbad macht keinen Sinn, der Aufwand ist zu groß. Es gibt ein Rabattsystem, 5, 10 bzw. 15 % für Geldwertkarten, das auch gerne angenommen wird.

Zur Problematik Stadtmauer informiert der Bürgermeister, dass es im Moment keine entscheidungsreifen Vorlagen gibt, die einen Antrag in der Stadtratssitzung rechtfertigen.

Weitere Informationen können in der nächsten Stadtratssitzung gegeben werden, das gleiche betrifft die Problematik Stadtbuslinie. Wenn es einen neuen Stand gibt, wird der

Bürgermeister im Stadtrat informieren, sobald die Zuarbeit von Herrn Zuber vorliegt. Nach Überarbeitung des aus dem Jahre 2005/2006 vorliegenden Konzeptes wird dies in den Gremien der Stadt vorgestellt, voraussichtlich im November im Bauausschuss.

Das Biomasseheizkraftwerk ist ein privates Unternehmen aus München. Durch eine Firma aus Magdeburg wird das Heizwerk betrieben. Es gibt hier einen Betreibervertrag. Wir kaufen

von der Firma die Wärme ab. Weitere Einzelheiten können über Herrn Klering geklärt werden.


Die Stellenbeschreibung der Streetworkerin ist eine verwaltungsinterne Angelegenheit und obliegt dem Bürgermeister und nicht dem Stadtrat. Die Stelle wird erneut ausgeschrieben und die Stellenanforderung und das Anforderungsprofil werden im Amtsblatt und der Internetseite der Stadt bekannt gegeben.

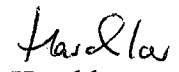
Der Bürgermeister informiert die Stadträte darüber, dass er gem. § 27 Abs. 1 Satz 2 der ThürKO den 1. Beigeordneten beauftragt hat, bis auf Widerruf seinen ihm zustehenden Ausschusssitz mit Stimmrecht im Rechnungsprüfungsausschuss wahrzunehmen.

Der 2. Beigeordnete wurde beauftragt, seinen Ausschusssitz und sein Stimmrecht im Kultur- und Sozialausschuss wahrzunehmen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung:

21.30 Uhr


Steffen Harzer
Bürgermeister


Haschlar
Schriftführer